

die gute nachricht Hobby-Schatzsucher findet traumhaften Goldschatz

LONDON. Ein Hobby-Schatzsucher hat in England einen riesigen Goldschatz gefunden, der von den Angelsachsen stammt. Nach Angaben von Archäologen ist der Fund so gross und wertvoll wie keiner zuvor aus dieser Epoche. Die Sammlung von 1500 Stücken – rund 5 Kilogramm Gold und 2,5 Kilo Silber – stammt vermutlich aus dem siebten Jahrhundert. Sie lag vergraben in einem Feld in der mittelländischen Grafschaft Staffordshire. Terry Herbert hatte den Schatz mit seinem Metalldetektor im Juli aufgespürt. Eine Expertin des British Museums erklärte, die Entdeckung würde die «Annahmen über die Angelsachsen in England radikal verändern». Unter den Fundstücken sind Waffen und Helme. Die Sammlung ist derzeit im Birmingham Museum und der Art Gallery verwahrt und soll später ausgestellt werden. SDA



Foto Keystone

Neuer Rekord bei Tierschutzverstössen

ZÜRICH. Mit 712 Tierschutzfällen sind in der Schweiz 2008 so viele Strafverfahren gemeldet worden wie nie zuvor. Die kantonalen Unterschiede sind jedoch beträchtlich, wie die Stiftung für das Tier im Recht (TIR) gestern bekannt gab. Die Zunahme der Strafverfahren um 14 Prozent auf 712 Fälle sei besonders auf die aktive Strafverfolgung in den Kantonen Zürich, St. Gallen, Bern, Aargau und den beiden Appenzeln zurückzuführen. In vielen Kantonen lägen die Fallzahlen jedoch noch immer sehr tief – auch in Basel-Stadt und Baselland mit elf bzw. sieben Fällen. Mit je einem einzigen Strafverfahren werde das Tierschutzrecht in Glarus und Wallis offenbar «wenig ernst genommen», ebenso in Nidwalden sowie Genf und Tessin (je zwei). Die Gründe für die kantonalen Vollzugsdifferenzen sieht die TIR im unterschiedlich effizienten kantonalen Instrumentarium und in der mangelnden Motivation der Behörden. AP

Ein Fest für Burkhalter

NEUENBURG. Der Kanton Neuenburg feierte gestern Didier Burkhalter. Mit einem Extrazug fuhr der neue Bundesrat gemeinsam mit seiner Gattin von Bern nach Saint-Blaise im Kanton Neuenburg, wo er von Regierungspräsident Jean Studer begrüsst wurde. Mehrere Hundert Schaulustige, darunter viele Schülerinnen und Schüler, fanden sich im Bahnhof ein. Weiter ging die Reise dann mit dem Schiff nach Neuenburg, wo die offizielle Feier in der Eishalle stattfand. Eingeladen waren unter anderem auch der noch amtierende Bundesrat Pascal Couchepin sowie FDP-Präsident Fulvio Pelli. AP



Foto Keystone

tageskommentar

Unsere Grenadiere

PHILIPP LOSER



Irgendwo im Tessin sitzen im Moment gut fünfzig Berufsgrenadiere der Schweizer Armee und warten auf

Action. Ob sie, die Mitglieder des Armee-Aufklärungs-Detachements, den Entscheid des Nationalrats bedauern, nicht auf eine abenteuerliche Anti-Piraten-Mission geschickt zu werden? Wahrscheinlich schon. Erstens sind es Berufsgrenadiere. Und zweitens wird mit dem Nein des Parlaments zur «Atalanta»-Mission die Notwendigkeit einer professionellen Spezialeinheit grundsätzlich infrage gestellt. Wenn der politische Wille zu Einsätzen à la «Atalanta» fehlt, wenn bewaffnete Einsätze auf dem offenen Meer mit Aussicht auf Kampfhandlungen und Feindkontakt glorios verworfen werden, dann gibt es auch keinen Grund, in Isone professionelle Grenadiere zu stationieren.

Das ist eine Konsequenz aus dem Entscheid des Nationalrats. Die zweite betrifft die Art und Weise der Schweizer Auslandseinsätze. Noch vor dem deutlichen Nein zur Anti-Piraten-Mission sagte das Parlament in einer Grundsatzaussprache ebenso deutlich

Mit dem Nein zu «Atalanta» wird die Notwendigkeit von Elitetruppen grundsätzlich infrage gestellt.

Ja zu Schweizer Auslandseinsätzen. Das ist kein Widerspruch, wie es Bundesrat Ueli Maurer zu erkennen glaubt, sondern ein Auftrag, grundsätzlich über das Schweizer Engagement im Ausland nachzudenken. Wie soll die Schweiz in Zukunft Hilferufen der Völkergemeinschaft folgen? Wie kann sie ihre lange Tradition der humanitären Hilfe sinnvoll weiterführen? Wie bringt man dem Ausland bei, wo die Grenzen von Schweizer Militärinterventionen im Ausland liegen? Das sind die entscheidenden Fragen. Die Antworten dürften gewissen Berufssoldaten im Tessin wohl nur bedingt gefallen.

philipp.loser@baz.ch

> SEITE 5

Die SPD setzt auf die Jugend

Jana Zirra (29) will bei den Wahlen am Sonntag ihrer Partei das Direktmandat erhalten

PETER SCHENK

Charmant, jung, offen und ein wenig unerfahren – Jana Zirra kämpft im Wahlkreis Lörrach-Müllheim für die SPD um den Bundestagssitz. Gestern unterstützte sie Parteivorsitzender Franz Müntefering in Lörrach.

Jana Zirra (29) tritt ein schweres Erbe an. Dreimal hintereinander hat ihre Vorgängerin Marion Caspers-Merk für die SPD das Direktmandat im Wahlkreis Lörrach-Müllheim gewonnen und ihn seit 1990 im Bundestag vertreten. Jetzt tritt das politische Schwergewicht, Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, von der nationalen Bühne ab.

Als potenzielle Nachfolgerin hat die SPD Jana Zirra ausgewählt. Das macht Sinn. Die CDU will das 1998 verlorene Direktmandat zurückgewinnen und hat den 48-jährigen Armin Schuster aufgestellt, Leiter der Bundespolizei Weil am Rhein, das entspricht der Schweizer Grenzwaache. Im Vergleich zur quirligen Zirra empfinden viele Schuster als steif, spröde und bisweilen unnahbar. Die junge SPD-Kandidatin ist ein Kontrastprogramm – das könnte von ihrer Partei durchaus gewollt sein.

KARLSRUHE. Die letzten fünf Jahre hat die studierte Verwaltungswissenschaftlerin in Konstanz in einer grenzübergreifenden Arbeitsagentur gearbeitet. Für den Wahlkampf hat sie sich drei Monate freistellen lassen und ist im Mai mit ihrem Lebenspartner nach Efringen-Kirchen gezogen – Jana Zirra stammt aus der Nähe von Karlsruhe.

Ihre politische Heimat ist bei den Jungsozialisten, wo sie zehn Jahre lang unter anderem als stellvertretende Landesvorsitzende von Baden-Württemberg aktiv war. Neben der Umweltpolitik liegen ihre politischen Schwerpunkte bei Wirtschaft und grenzübergreifenden Themen. Atomausstieg wie Mindestlohn seien in einer Koalition für sie nicht verhandelbar, sagt sie.

Politik sei schon immer Teil ihres Lebens. Ihr Vater war bei den Freien Wählern aktiv, und es habe in der Familie immer geheissen: «Wenn du etwas willst, musst du etwas dafür machen.»



Applaus. Jana Zirra war von der Unterstützung ihres Parteichefs Franz Müntefering angetan. Der musste gleich weiter nach Braunschweig. Foto Daniel Desborough

Die grössere Lebenserfahrung und den Behördenchef-Bonus von Armin Schuster versucht Jana Zirra durch Engagement, Charme und Offenheit wettzumachen. Das klappt gut, wie bei ihrem Besuch auf dem Weiler Markt letzten Mittwoch zu sehen war. Eine gute Stunde spricht sie locker und entspannt die Leute an und sucht den Kontakt: «Ich bin Jana Zirra. Darf ich mich persönlich bei Ihnen vorstellen?» Die allermeisten reagieren positiv. «Man muss die Menschen mögen, sonst kann man diesen Job nicht machen», erzählt sie zwischen zwei Begegnungen.

BEFLÜGELT. Am Sonntag wird gewählt und es ist Endspurt im Wahlkampf. Gestern kam der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering auf den Vorplatz des Lörracher Rathauses. Beflügelt von den letzten Trendmeldungen, die den sicher geglaubten Wahlsieg der Bürgerlichen infrage stellen, rief er vor 400 bis 500 Zuhörenden aus: «Wir haben die Chance, schwarz-gelb aufzuhalten.»

In einer kämpferischen Rede setzte er sich für Atomausstieg und Energiepreise, Mindestlohn, die Verteidigung des Sozialstaates und natürlich für die SPD-Kandidatin Jana Zirra ein. Zuvor hatte Marion Caspers-Merk ihre potenzielle Nachfolgerin gelobt: «Es lohnt sich zu kämpfen und mit den Menschen zu reden. Jana hat die Power dafür.»

Dass sie die hat, dafür spricht auch ihr Sport. Fünf Jahre lang hat Zirra Rugby gespielt, teils auf hohem Niveau – auch eine gute Vorbereitung für die nationale Politik. «Man muss einstecken, aber auch austeielen können. Ausserdem ist es ein Team sport.» Aus Zeitgründen ist Zirra derzeit auf Fussball umgestiegen, betreibt den Sport aber weniger intensiv als vorher Rugby.

Auf der Landesliste ist sie auf Rang 21 abgesichert. «Das Vertrauen der Partei tut mir gut», sagt sie. Sicher ist dieser Platz aber nur bei einem guten Wahlergebnis der SPD in Baden-Württemberg. Jana Zirra setzt deshalb auf das Direktmandat. Sie ist sich aber bewusst: «Das wird diesmal richtig knapp.» > SEITE 9

Fernsehwerbung für Bier und Wein erlaubt

Lockerung der Alkoholwerbung als Konzession an das EU-Recht wird von Suchtfachleuten kritisiert

FABIAN VETSCH

National- und Ständerat einigen sich auf die Liberalisierung der Alkoholwerbung in Radio und TV.

Die Eidgenössischen Räte haben gestern den Vorschlag der Einigungskonferenz gutgeheissen, wonach die Werbung für leichte Alkoholika wie Bier und Wein auf allen Schweizer Radio- und Fernsehkanälen wieder erlaubt werden soll. Das Alkoholverbot gilt derzeit für alle Sender der SRG und die Schweizer Werbefenster der ausländischen Fernseh-

kanäle zum Beispiel auf Sat.1 und RTL. Nur lokalen TV-Sendern und privaten Radiostationen ist die Werbung für leichte Alkoholika erlaubt.

EINIGUNG. In der Einigungskonferenz fiel der Entscheid für die Revision des Radio- und TV-Gesetzes (RTVG) mit 13 zu 12 Stimmen äusserst knapp aus. Dennoch gab der Ständerat, der sich zuvor dreimal gegen eine Lockerung des Werbeverbots ausgesprochen hatte, dem Entscheid nach. Die Befürwor-

ter der Liberalisierung begründeten die Notwendigkeit einer Revision des RTVG mit der Anpassung an EU-Recht. Dieses schreibt vor, dass im Ausland ausgestrahlte Werbung einzig den Gesetzen im Lande des Senders untersteht – und in Deutschland ist Werbung für leichte Alkoholika erlaubt. Das Verbot von Alkoholwerbung in Schweizer Werbefenstern widerspricht somit EU-Recht. Die Rechtsanpassung wurde von der EU wiederum als Bedingung für die Teilnahme der

Schweiz am Filmförderungsprogramm Media verlangt, die von beiden Räten bereits beschlossen wurde. Media bringt der Schweiz bis 2013 rund 41 Millionen Franken.

KRITIK. «In Zeiten von erhöhter Problemlast ist die Liberalisierung der Alkoholwerbung ein falsches Signal», kritisiert Markus Theunert, Generalsekretär des Fachverbandes Sucht. Während sich der Verband Schweizer Werbung in einem Communiqué zufrieden zeigt, dass man

die europäische Regelung übernommen habe, hält Theunert auch dieses Argument für wenig überzeugend: «Die EU hat nie verlangt, die Alkoholwerbung zu liberalisieren, sie hat lediglich gleich lange Spiessse für alle gefordert.» Demnach hätte man genauso gut die gesamte Alkoholwerbung in der Schweiz verbieten können, auch in lokalen Radio- und TV-Sendern: «Der Jugendschutz wurde aber den Interessen der Alkohol- und Werbeindustrie geopfert», sagt Theunert.